

Annoncen-
Annahme-Bureau:

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witzgasse 10.)
bei C. F. Meier & Co.
Witzgasse 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kahlitz.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:

In Berlin, Bres-
Dresden, B
Gamburg,
Stettin, S
bei C. F. Me
Hanslein
Kudol
In Berlin, Dresden, Stett
beim „Invalidentank.“

N. 688

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 2. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Anzeige 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Abonnements - Einladung.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt (1 Zhr. 15 Sgr.) 4 1/2 Mark, auswärtige aber (1 Zhr. 24 Sgr. 6 Pf.) 5 Mark 45 Pf. als vierteljähr-
liche Prämumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich dreimal erscheinende Zeitung durch alle Postämter des Deutschen Reiches zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.
A. Claassen vormalig E. Malade, Friedrichs- und
Lindenstr.-Ecke 19

M. Kräger, Berliner- und Mühlentstraßen-Ecke.
G. Knaster, Ecke der Schützenstraße.

Wittwe Malwald, St. Adalbert.

Frenzel & Comp., Markt Nr. 56.

Hugo Tilsner, Friedrichs- und Wilhelmstr.-Ecke.

Prämumerationen auf unsere Zeitung pro IV. Quartal 1875 annehmen, und wie wir, die Zeitung Morgens 7 Uhr, Vormittag 11 1/2 Uhr, am Nachmittage um 6 Uhr ausgeben.

Posen, im Oktober 1875.

M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
Victor Giernat, Wilhelmplatz Nr. 6.
Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.
Adolph Paz, Gr. Ritterstr. Nr. 10.
F. Wittschin, Breitestr. Nr. 14.
Eduard Stiller, Sapiehaplatz Nr. 6.
H. Hummel, Breslauerstraße.
Kaufmann Emil Brumme, Wasserstraße.

J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.

S. Michaelis, R. Gerberstr. Nr. 11.

S. Berne, Wallischei Nr. 93.

Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.

F. W. Plagwitz, Schützenstr. 23.

Amalie Wittke Wasserstr. 89.

Restaurateur G. Lehmann, Drowel Nr. 11.

Kaufmann E. D. Burde, St. Martin 60.

M. E. Hoffmann, Alten Markt u. Neuestr.-Ecke.

R. Fischer, Friedrichstr. 36/37 vis à vis der Post.

Wittwe E. Brecht, Bronkerstr. Nr. 13.

Oswald Schöpe, St. Martin Nr. 23.

Ed. Federt jun., Berliner- u. Mühlentstr.-Ecke 18b.

Rodrzyński, Wallischei 86.

Ad. Gummior, Mühlent- u. St. Martinstr.-Ecke.

Sidor Busch, Sapiehaplatz Nr. 2.

Die Expedition der Posener Zeitung, Wilhelmstraße 16.

Die Reform der höheren Lehranstalten.

(Von einem Schulmanne aus der Provinz)

VI.

Soweit über die Reformpläne.

Wenn es auch scheint, daß die offiziellen Kreise, soweit man nach den auf der Oktober-Konferenz und bei anderen Gelegenheiten von den maßgebenden Persönlichkeiten gefällten Urtheilen vermuten kann, gegenwärtig den Realschulen wenig Förderung angedeihen lassen wollen, so ist doch zu erwarten, daß eine so aus dem Bedürfnis der Zeit hervorgegangene Schulform nicht unterdrückt werden wird, sondern sich mit der Zeit mehr und mehr Anerkennung verschafft. Daß die Einseitigkeit der Gymnasien weder den Fortschritten der Wissenschaft noch zu vermehren, die Schüler intensiver also auch auf Kosten anderer Fächer damit zu beschäftigen geneigt ist, so wird man zugeben, daß schließlich die Gymnasien bloße Fachschulen für Philologen und Theologen werden müssen.

Was wird nun den Realschulen zum Vorwurf gemacht? Die Einen meinen, die ganze Bewegung für diese Schulen sei nur eine künstlich gemachte, besonders durch die Lehrer der Realschulen betrieben, die aus selbstthätigen Motiven größere Berechtigungen forderten. Daß die Lehrer vielfach durch Petitionen für die Entwicklung ihrer Schulen zu wirken bemüht waren, ist gewiß richtig. Aber welche neue Idee ist denn pöblich verwirklicht worden wie Minerva aus dem Haupte des Zeus vollendet hervorging? Ist nicht die Gewerbefreiheit auch von den dabei Interessirten erkämpft worden? Wird z. B. die Freiheit der Religion in anderen Staaten, die Konfessionslosigkeit der Schulen, die Trennung des Staates von der Kirche aus eigener Initiative der Regierung ohne Kampf gewährt? Sind die Vorurtheile über den Bildungswert verschiedener Fächer nicht noch sehr verbreitet? Bekannt ist, und selbst Prof. Laas giebt dies als ein offenes Geheimnis zu, daß manche Gymnasial-Directoren es nicht ungern sehen, wenn ihre Lehrer der Mathematik wenig leisten, weil dann die Schüler mehr Zeit für die alten Sprachen behalten. Bekannt ist, daß viele Gymnasiallehrerwärmer den Naturwissenschaften jeden Bildungswert absprechen und sie als eine überflüssige Konnexion an den ungelunden Zeitgeist aus der Schule entfernen möchten. Bekannt ist, daß von den Lehrern der alten Sprachen die Lösung ausgesprochen ist, mit dem lateinischen Aufsatz nicht und fällt das Gymnasium. Haben da die Männer, welche die Bildung aus anderen Quellen als den alten Sprachen schöpfen, nicht das Recht, für den Werth dieser Bildung einzutreten? Wiederum ergibt heut und mehr als je der Ruf die Bildungsmittel der höheren Schule müßten ohne Rücksicht auf die Verwerthung derselben im Leben gewählt werden; der Werth an sich müsse bestimmend sein, formale Bildung, dieses inhaltslose Schlagwort könne allein durch die alten Sprachen gewonnen werden. Die Jugend müsse für einen edlen Idealismus, den allein die griechische und lateinische Sprache gewähre, herangebildet werden, nur in diesen Sprachen sei das laetere Gold zu finden, das reine dem Eclen zugewandte Charakter erzeuge. Die neueren Sprachen, die Naturwissenschaften zc. hätten als Erziehungsmittel benutzt dem Materialismus und einem beklagenswerthen Realismus Vorzug geleistet, womöglich die Frankfische Sucht vieler nach schnellem Gelerntem verschuldet. Daher müsse man von der verkehrten Bahn umkehren zum reinen Quell edler Humanität, und wie verglichen Lamentationen weiter lauten.

Der Forderung nach Berechtigungen für die Abiturienten der Realschulen hält man die „Erfahrung“ entgegen, daß solche junge Leute für das Studium nicht geeignet sich erwiesen hätten, die Statistik habe ergeben, daß sie mit anderen Studenten nicht gleichen Schritt halten könnten, daß ihre allgemeine geistige Durchbildung der der Gymnasialabiturienten nachstehe, ja daß auch bei der Fortschritte vom Gymnasium abgezogene junge Leute sich tüchtiger gezeigt hätten als die von der Realschule. Ja nicht einmal Kaufleute achteten die Realschüler in ihrer Verwendbarkeit gleich den Gymnasialisten. Solche Urtheile kann man täglich hören. Forscht man aber weiter nach, wo die Beobachtungen gemacht sind, wie viele Fälle der Beobachtung zu Grunde gelegen haben und dgl., so steht es schlimm genug um die Zuverlässigkeit der Behauptungen. B. B. erst kürzlich wurde verbreitet, daß man in Betreff des Oberförstereexamens die Erfahrung

gemacht habe, Gymnasialabiturienten seien tüchtiger als Realschulabiturienten. Wie kann das konstatiert werden? Die jetzige Organisation der Realschulen besteht seit 1859, nicht an allen Schulen wird diese sofort durchgeführt worden sein, ein Schüler, der nach dem dort vorgeschriebenen Lehrplan unterrichtet worden ist, kann doch erst 68 von der Schule entlassen worden sein; nehmen wir auch an, schon 65 seien an einzelnen Schulen Abiturienten entlassen worden, deren Unterricht im Ganzen auf jener Organisation beruhte, wendet sich ein solcher dem Forstfach zu, so kann er nicht viel unter 10 Jahren nach dem Abgang von der Schule zum Oberförstereexamen gelangen. Nehmen wir nun die Störungen, welche der Krieg von 66 und 70 für alle diese jungen Leute mit sich brachte, hinzu und berücksichtigen, daß diese auf verschiedene Kandidaten des Forstfaches von verschiedenem Einfluß gewesen sein müssen, so wird die Zahl der Oberförstere-Kandidaten, welche sich zu einer Vergleichung der Leistungen der verschiedenen Schulen eignen, wohl schwerlich bedeutend sein. Aus wenigen Fällen kann man aber keinen Schluß durch Zirkulation ziehen. Vorurtheil spielt hier eine größere Rolle wie anderswo. Auch uns wird man natürlich Parteilichkeit vorwerfen und Verfasser erhebt gar nicht den Anspruch, über dem Getriebe der Parteien zu stehen. Was wir aber beanspruchen, ist eine ruhige Prüfung, die nicht auf wenigen Fällen beruht, sondern nur aus der Erfahrung einer langen Reihe von Jahren genommen werden kann. Wie kann man jetzt schon sagen, die Realschulen haben sich nicht behauptet, eine Schule, die noch nicht 20 Jahre in ihrer Organisation besteht, die oft mit sehr schwierigen Verhältnissen nach innen, was das Lehr- und Schülerpersonal anlangt, noch außen, was die pekuniären Verhältnisse, das Vertrauen und Mißtrauen des Publikums und dgl. betrifft, schwer zu kämpfen hatte, welche nur geringer Berechtigungen sich erfreute, mit dem Gymnasium verglichen, welches in seinen Organisationen ohne bedeutende Umwälzungen Jahrhunderte lang Bestand hatte, in den Augen des Publikums, der Behörden das größte Ansehen genoß, mit Mitteln im Allgemeinen reichlich ausgestattet war, welches seine Methoden durch lange Erfahrungen erprobt hatte? Müßte da nicht zu Anfang die Realschule im Nachtheile sein, zumal wenn man erwägt, daß die Realschule für viele Fächer sich erst die beste Unterrichtsmethode, Stoffvertheilung und dgl. suchen mußte und noch sucht, daß die Lehrer für diese Schule nicht herangebildet, kein Vorbild in der Erinnerung an die eigene Schulzeit fanden, daß es ihnen schwer wurde, den Unterricht für diese Schule passend einzurichten u. s. w. Und dabei heißt es immer und immer wieder die leeren Primen mancher Realschulen liefern den Beweis, daß die Organisation eine ungesunde ist, daß das Verlangen nach Berechtigungen ein nicht gerechtfertigtes ist, während doch allein die fehlenden Berechtigungen der Grund für die geringe Schülerzahl war. Daß dem so ist, erhellt schon aus den Zahlen der Abiturienten an Gymnasien und Realschulen; während von 72 zu 73 bei den Gymnasien ein Zuwachs an Abiturienten von 23 pCt. sich zeigte, wiesen die Realschulen einen solchen von 11,8 pCt. auf. Gebe man den Realschulen 20 Jahre lang dieselben Berechtigungen, welche die Gymnasien haben, und vergleiche dann die Zahlen der Abiturienten, so müßte man sehen, ob die Realschulen das Vertrauen der Eltern genießen oder nicht. Wenn man aber anführt, daß die städtischen Behörden lieber Gymnasien errichten als Realschulen, und daraus schließt, daß auch diese die Realschulbildung nicht so hoch achteten, so ist nicht zu vergessen, daß einmal das Beispiel der Regierung, die außer der in Reichenbach i. Schl. keine Realschule errichtet hat, maßgebend zu sein pflegt, daß andererseits in kleinen Städten besonders die beschließenden städtischen Korporationen meist wenig Ueberblick und Sachkenntnis haben und sich von den studierten Herren Geistlichen, Richtern, die ja sämtlich das Gymnasium besucht und meist für diese Schule eingenommen sind, zumal sie Realschulen nicht kennen, Rathschreiben lassen. Daß dann lieber ein Gymnasium errichtet wird, durch welches die Beamten ihre Söhne wieder für alle Universitätsstudien vorbereiten lassen können, wird niemanden wundern. In vielen Städten aber hat man dennoch Realschulen errichtet und die städtischen Behörden haben Liebe und Vertrauen zu ihren Schulen.

Am 9. Oktober d. J. findet in Breslau eine schlesische Realschulmänner-Versammlung statt, welche den Hauptzweck verfolgt, zur brennend gewordenen Realschulfrage Stellung zu nehmen. Demgemäß figurirt auf der bereits erschienenen Tagesordnung als erster Gegenstand der Verathung eine gemeinsame Erklärung, deren Entwurf wie folgt lautet:

„In wesentlicher Uebereinstimmung mit den von der 5. Realschullehrerverammlung der westlichen Provinzen ausgesprochenen Ansichten erklären wir: 1) Die Realschule 1. Ordnung auf der ihr durch die Unterrichts- und Prüfungsordnung vom 6. Oktober 1859 gegebenen Grundlage ist ein berechtigtes und notwendiges Glied in der Reihe unserer höheren Bildungsanstalten. Das Gymnasium kann neben gründlicher Durchbildung seiner Schüler in den klassischen Sprachen denselben nicht zugleich eine ausreichende Durchbildung auf mathematisch-naturwissenschaftlichem Gebiete geben. 2) Die auf der Realschule 1. Ordnung gewonnene allgemeine wissenschaftliche wie sittliche Bildung ist der auf dem Gymnasium erworbenen gleichwerthig. Den Abiturienten der Realschule muß daher das Studium auf allen höheren Lehranstalten mit denselben Rechten, wie den Gymnasialabiturienten gestattet sein, wie diesen das der Medizin, der Naturwissenschaften, des Berg-, Bau-, Ländersachs u. offen steht, obwohl sie keine für diese Fächer besonders geeignete Vorbildung erhalten haben. 3) Die Beförderung, daß durch Vorbereitung der Studierenden auf zwei verschiedenen Anstalten eine Spaltung in die Kreise der aus den Universitäten hervorgehenden Berufsgenossen kommen werde, halten wir für unbegründet. Die langjährigen Erfahrungen bei zahlreichen aus hiesigen Anstalten hervorgehenden Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Baumeistern, Berg- und Ländersachbeamten, Offizieren, niederen und höheren Staatsbeamten lassen nichts von solcher Kluft erkennen. Nicht in einer Uniformität aller höheren Bildungsanstalten, sondern im Wettstreit von Gymnasien und Realschulen vermögen wir die Bürgerschaft für eine fräftige Fortentwicklung unseres höheren Schulwesens zu erheben. 4) Der Lehrplan der Realschule erster Ordnung vom 6. Oktober 1859 hat sich im Allgemeinen als zweckmäßig erwiesen. Kein Unterrichtsgegenstand in demselben kann entbehrt werden, insbesondere ist das Latein mindestens in der jetzigen Ausdehnung fest zu halten. 5) Die Spaltung der Realschule in mehrere Abtheilungen, wie sie auf der Versammlung deutscher Realschulmänner in Braunschweig gefordert wurde und nach den Oktoberkonferenzen im Kultusministerium gestaltet werden soll, erscheint nicht zweckmäßig. 6) Obwohl die Realschulen noch mit innern Mängeln zu kämpfen haben, so werden sich diese doch vermindern, je länger die Anstalten bestehen, in der Methode ihrer Unterrichtsfächer fortgeschritten sein werden, wenn ihre Existenz und ihre Berechtigung gesichert sein und ihnen deshalb gleich befähigte Schüler zugeführt werden, wie den Gymnasien.“

Außerdem liegt noch eine These des Lehrerkollegiums der Realschule in Frankfurt über die Aufgabe des Gymnasiums und der Realschule vor, und darauf soll eine Besprechung der Mittel zur Förderung der Realschule folgen. Die städtischen Behörden von Breslau haben den Prüfungsaal der Realschule zum heiligen Geist als Versammlungslokal bewilligt und nach den bisher erfolgten Zusagen ist eine starke Theilnahme zu erwarten.

Die „Nat.-Ztg.“ erörtert die Bedeutung eines Städtebundes, von dessen beabsichtigter Begründung wir bereits Mittheilung gemacht haben, indem sie schreibt:

Bei der am 4. d. M. in Brandenburg stattfindenden Versammlung von Delegirten der provinziellen Städteversammlungen steht auf Anregung des posener Städtebundes auch die Frage der Begründung eines Städtebundes in Aussicht. Vorherzugehen hat selbstverständlich eine Vereinbarung über diejenigen Angelegenheiten, welche sich zu einem gemeinsamen Handeln eignen. Es kann gar nicht übersehen werden, daß gerade unter den Städten durch die Verschiedenartigkeit ihrer politischen und wirtschaftlichen Stellung und die Einwirkung lokaler Verhältnisse in manchen Fragen, die man für gemeinsame halten möchte, die Anschauungen und Interessen sehr weit auseinandergehen; es bleibt daher fraglich, ob viele Angelegenheiten sich zu einer gemeinsamen Behandlung eignen, von der man sich einen günstigen Einfluß auf die Belebung und Förderung kommunaler Interessen versprechen dürfte. Zu Fragen dieser Art gehörte wohl die gleichfalls vom posener Städtebunde angeregte Bildung einer allgemeinen Kommunalbeamten-Wittwenkasse. Die Sache ist ja nicht neu, ihre Zweckmäßigkeit scheint ja auch so sehr auf der Hand zu liegen, daß man nur wünschen kann, sie möchte einer entsprechenden Erledigung entgegengeführt werden. Es wäre dies übrigens der beste Vorstoß für die Lebensfähigkeit eines Städtebundes. Nur wäre dazu vor Allem nöthig, daß in den Städtebünden auch sämtliche Städte vertreten seien; ist dies nicht zu erreichen, so würde dem Unternehmen kaum eine besondere Wirksamkeit zu versprochen sein.

Seit langen Jahren sind in der Presse, in den Verhandlungen der interessirten Handelskammern, selbst im Parlament und, wie es sogar ein paar Mal hieß, in diplomatischen Pourparlers und in den Unterredungen der beiden Monarchen, die drückenden Verhältnisse der Zollverhältnisse an der russischen Grenze der Gegenstand ernster, nach Abhilfe suchender Förderung gewesen. Der Erfolg steht jedoch noch immer aus. Wie freilich von Wien gemeldet wird, sind die Verhandlungen wegen Abschlußes eines neuen Zollvertrages Oesterreichs mit Rußland beendet und gewärtigen nur noch der Ratifizierung. Dieselben nahmen im vergangenen Jahre ihren Anfang infolge der Besprechungen, welche während des Besuchs des Kaisers Franz Joseph

in der russischen Hauptstadt zwischen den leitenden Staatsmännern Oesterreich-Ungarns und Russlands stattgefunden hatten. Eine gemischte Kommission wurde nach St. Petersburg berufen, welche unter dem Vorsitz des Staatsraths von Töbner einen Vertragsentwurf ausarbeitete, der jedoch nicht sofort die Billigung der kontrahirenden Mächte erhalten zu haben scheint. Eine Subkommission wurde vielmehr ernannt, um an der russisch-österreichischen Grenze Untersuchungen anzustellen über die gerügten Zollplacereien und über die von Russland gewünschte Aufhebung des Handelsprivilegiums der Stadt Broch. Die weiteren Verhandlungen, die schließlich nach Wien verlegt wurden, waren mehrmals in Gefahr abgebrochen zu werden. Dem diplomatischen Geschehens des Grafen Andrassy, welches bei dieser Gelegenheit sich glänzend erprobte, gelang es jedoch endlich — allerdings unter Preisgebung mancher anfangs geltend gemachten Forderungen — einen Vertrag herbeizuführen, der wesentlich weitere Zugeständnisse Russlands auf dem internationalen handelspolitischen Gebiete zur Folge haben wird. Namentlich wird die russische Regierung dem deutschen Reiche nicht versagen können, was sie soeben vertragmäßig der österreichisch-ungarischen Monarchie zugestanden hat. Wir zweifeln daher nicht, daß der neue Vertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland auch von der deutschen Reichsregierung zum Anknüpfungspunkte von Verhandlungen mit dem petersburger Cabinet betriffs Abstellung der deutschen Handel schwer bedrückenden Mißstände an der deutsch-russischen Grenze gemacht werden wird. Das von Russland befolgte System der Beschließung der inneren Industrie kann sehr wohl eingehalten werden, ohne die unnötigen Zollbeschränkungen, welche Niemandem Vortheil bringen und nur für Publikum und Regierung mit Unkosten verknüpft sind. Hoffen wir daher, daß diese Zollbeschränkungen, welche durchaus nicht mit den Zolltarifen zum Schutze der heimischen Industrie zu verwechseln sind, von Russland baldigst ganz aufgegeben werden.

Deutschland.

Berlin, 30. Septbr. Die neuesten Nachrichten aus München lassen darauf schließen, daß die ultramontane Partei in der bairischen Kammer, welche sich einer imponenten Majorität von zwei Stimmen rühmt, einen energischen Sturm auf die Politik der Regierung beabsichtigt. Dies ergibt einmal aus der Zusammenfassung des Kammervorstandes, welche ausschließlich unter der Diktatur der ultramontanen Partei erfolgt ist, dann aus dem von Seiten eines der Führer dieser Partei eingebrachten Antrages auf Erlass einer Adresse an den König. Daß eine solche Adresse im Werke sei, wußte man schon seit einiger Zeit, ebenso daß es sich darum handle, in derselben gegen die Regierung Opposition zu machen. Man glaubte aber, daß die Parteien darauf noch verzichten werden, um nicht gleich bei Beginn der Session einen Konflikt heraufzubeschwören. Selbstverständlich kann es sich jedoch nur um einen Sturm im Glas Wasser handeln. Die ultramontane Partei ist ebensoviele wie früher im Stande, einen Einfluß auf die Regierungspolitik zu gewinnen. Wie sich auch die nächsten Kammerdebatten gestalten werden, sicher ist, daß das Resultat nur einen neuen Beweis für die Ohnmacht der ultramontanen Partei abgeben wird. Sie wird unterlegen, weil ihr außer den festen Institutionen des Reiches auch die bisher bewährte treue Gesinnung des Königs von Bayern gegenübersteht. — Die Meldung, daß der Kaiser bis zum 20. Oktober zurück sein und den Reichstag in Person eröffnen werde, beruht auf bloßer Kombination. Es sind darüber, wie der Kaiser den Rest des Oktober verwenden wird, noch keine Dispositionen getroffen, nur das kann als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß der Monarch zur Enthüllung des Steindenkmals in Berlin anwesend sein wird. — Hiesige Korrespondenten bringen allerlei genau sein sollende Einzelheiten über die im Ministerium des Innern vorbereiteten Gesetzesentwürfe, namentlich auch über die Städte-Ordnung. Da diese Meldungen nichts als Konjekturen enthalten, so sind auch die daran geknüpften Erwartungen gegenstandslos. — Die Vorlage des Reichskanzlers in Betreff des Strafgesetzbuches wird schon in den nächsten Tagen an den Bundesrath gelangen. Mit Rücksicht darauf, daß die Vorberhandlungen in so eingehender Weise geführt worden sind, darf man annehmen,

daß die Verhandlungen im Bundesrath auf keine erheblichen Schwierigkeiten stoßen werden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt anläßlich des, wie erwähnt, am 1. Oktober stattfindenden 50jährigen Dienstjubiläum des Generalarztes der Armee Dr. Grimm folgende Personalien:

Geboren am 21. Juni 1804 zu Saragossa bei Halberstadt und eingetreten am 1. Oktober 1821 in das Friedrich-Wilhelms-Institut als Praktikant mit dem Zeugnis der Reife für die Universität vom Gymnasium zu Halberstadt erfolgte am 1. Oktober 1825 sein Eintritt in den ärztlichen Dienst bei der königlichen Charité. Durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 4. September 1830 wurde der Jubilar zum Benjotinarrat am Friedrich-Wilhelms-Institut ernannt. Nach einer wissenschaftlichen Reise (vom Februar bis November 1832) durch Frankreich, Oberitalien etc. erhielt er im Dezember 1832 ein Kommando in die Kavallerie bei Antwerpen beim Bombardement desselben. Durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 13. August 1835 wurde er zum Regimentsarzt des 1. Garde-Infanterie-Regiments, unterm 12. Febr. 1838 aber zum Oberstabsarzt und Subdirektor des Friedrich-Wilhelms-Instituts, durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 25. Januar 1844 zum Generalarzt ernannt. Am 12. Jan. 1847 erfolgte die Ernennung zum 2. General-Stabsarzt der Armee, am 28. Oktober 1851 zum General-Stabsarzt der Armee und Chef des Militär-Medizinalwesens. Den 16. April 1870 erhielt Dr. Grimm den Rang als Generalmajor und am 31. Dezember 1873 den Rang als Generalleutnant. Unter der Subaltern Leitung des Militär-Medizinalwesens fallen folgende hauptsächlichste Momente: Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 12. Februar 1852, betreffend die neue Regelung der Rangverhältnisse der Militärärzte, Ernennung der Assistenzärzte durch Allerhöchste Kabinetsordre und Forderung der absolvirten Staatsprüfung vor dem Eintritt als einjährig-freiwilliger Arzt. Dann Allerhöchste Kabinetsordre vom 20. Februar 1868 und 6. Februar 1873, betreffend die Organisation des Sanitätskorps. Ferner die Allerhöchste Kabinetsordre vom 24. September 1868 und 8. Juli 1869, betreffend die provisorische und resp. definitive Formation einer Militär-Medizinalabtheilung im Kriegsministerium direkt unter dem Kriegsminister, welche unter dem Jubilar als Chef des Sanitätsdienstes der Armee zu leiten hat.

DRG. Der Etat über den allgem. Pensionenfond für das Jahr 1876 ist jetzt ebenfalls erschienen. Derselbe schließt ab mit einer Einnahme von 10,776 M. aus dem ministeriellen Provinzial-Ansatzverfond. Die Ausgaben belaufen sich für die Verwaltung des Reichsheeres auf 21,590,297 M. (35,621 M. weniger als im Vorjahre); für die Marineverwaltung 212,561 M. (21,112 M. mehr als im Vorjahre); für die Zivilverwaltung 187,283 M. (70,638 M. mehr als im Vorjahre). An Pensionen und Unterstützungen für die Angehörigen der vormaligen Schleswig-Holsteinschen Armee 521,000 M. (35,000 M. weniger als im Vorjahre) und endlich an Pensionen für ehemalige französische Militärpersonen und deren Angehörige 912,000 M. (64,500 M. weniger als im Vorjahre). Die Gesamtsumme der Ausgaben beläuft sich somit auf 23,403,141 M. und beträgt somit insgesamt 26,629 M. mehr als der betreffende Etat des Jahres 1875 gefordert hat. Bei der vorjährigen Beratung des Etats hatte bekanntlich der Reichstag den Beschluß, die Pensionbeträge für höhere Offiziere und Beamten von den Beträgen der Mannschaften und niederen Beamteten getrennt in Ansatz zu bringen. Diesem Beschluß ist der Bundesrath bei der Aufstellung des Etats pro 1876 nur zum Theil nachgegeben und insofern davon abgewichen, als je nach den Grundätzen, welche bei der Pensionirung in Anwendung kommen, besondere Ansätze für Mannschaften — für Offiziere und Aerzte — und für Beamte aller Grade — gemacht sind. Von den für die Verwaltung des Reichsheeres bestimmten Pensionssummen entfällt auf Preußen die Summe von 19,684,400 M. Derselbe Höhe, wie sie der Etat pro 1875 aufweist. Trotzdem sind die Ansätze nicht dieselben geblieben wie in jenem Etat, indem die Posten, welche für die geleisteten Bewilligungen an die Hinterbliebenen der in den Kriegen von 1870/71 gefallenen, oder an den erkrankten Verwundungen gestorbenen Militärpersonen der oberen wie unteren Klassen ausgeworfen sind, in Folge von Abgang durch den Tod resp. in Folge von Wiedervertheilung von Wittwen um die Summe von 7000 M. herabgemindert worden ist. Dagegen ist dieselbe Summe bei der Posten zu anderweitigen Unterstützungen in Ansatz gebracht, weil die Kosten für die Verpflegung inaktiver Militärpersonen auf diesen Titel übernommen sind, mit Ausnahme der Kosten für diejenigen Personen, welche nach ihrem Ausscheiden in Folge Wiederverkrankung an den im Kriege 1870/71 erlittenen Verwundungen zu ihrer Heilung in die Lazarethe wieder aufgenommen werden. Die Kosten für letztere werden bis zur Schließung des Rekrutementkostenfonds aus den durch das Gesetz vom 2. Juni 1873 bewilligten Mitteln bestritten. Die Pensionen für die fälligen Truppentheile etc. belaufen sich auf Höhe von 1,053,768 M. und betragen 2304 M. mehr als im Vorjahre. Die Pensionbeträge für die württembergische Militärverwaltung belaufen sich auf 852,129 M., 37,925 M. weniger als im Jahre 1875.

Berlin, 28. Septbr. Bischof v. d. Marwitz hat sich in Betreff des Gemeindefürsorgegesetzes an die Oberprä-

identen von Preußen, Posen und Pommern gewandt, damit dieselben bei dem Kultusminister die im Gesetze vorgesehene Hinusschiebung der Uebernahme der Geschäfte durch die neuen Kirchenvorsteher bis wenigstens zum 1. Januar 1876 erwirken.

Dresden, 29. September. Gestern fand die zweite Sitzung der 4. Hauptversammlung des Vereins von Dirigenten und Lehrern an höheren Mädchenschulen statt. Bezüglich der in der ersten Sitzung verhandelten Verhandlung über den Normallehrplan erhob die Versammlung ohne weitere Debatte folgende Thesen zum Beschluß:

1) Die Resolutionen, in welchen die im August 1873 durch den preussischen Kultusminister, Herrn Dr. Falk in Berlin versammelte Konferenz von Mädchenschul-Pädagogen sich geeinigt hat, werden als die maßgebenden Grundlagen des Normallehplanes für die deutschen höheren Mädchenschulen anerkannt. 2) Die in diesen Resolutionen bezeichneten Unterrichtsgegenstände und Ziele, die Dauer des ganzen Unterrichtskurses und die Minimalzahl der aufzunehmenden Klassen etc. als die allgemeingültigen Grundbestimmungen zu betrachten. Die drei Hauptthesen des gesamten Unterrichtskurses sind in der Weise zu ordnen, daß die Unterstufe für die elementaren Gegenstände bestimmt wird. Die englische und französische Sprache hat sich dem wissenschaftlichen Unterricht anzuschließen und zwar ist die französische mit dem 1. Jahre der Mittel- und die englische Sprache mit dem 1. Jahre der Oberstufe einzuführen. Der deutsche Unterricht bildet die Grundlage des gesamten Unterrichtes. 3) Im Uebrigen schließt der Normallehrplan nicht die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse aus und läßt darin der freien Entwicklung Raum.

Ein Antrag des rheinisch-westfälischen Zweigvereins: „an die hohen deutschen Staatsbehörden die durch eine Zuschrift näher zu motivierende Bitte zu richten, die Stellung der öffentlichen Mädchenschulen in der Nähe der höheren Lehranstalten und ihre Sonderung in höhere und mittlere Stufen regeln zu lassen“ wurde vom Direktor Schornstein nach allen Seiten beleuchtet, warm empfohlen und nach längerer Debatte von der Versammlung angenommen, zugleich mit dem aufzunehmenden Beschlusse des Direktors Stöckel (Berlin), daß den Privatschulen die Berechtigung der öffentlichen Schulen zugesprochen sei, wenn sie dem Normalplane genügen.

Nach einer kurzen Pause referirte sodann Seminar-Direktor Dr. Barth (Posen) über die „Aufgabe der Lehrerinnenvereine“ und schloß das Gesehene in folgende Thesen zusammen: 1. Nicht jede kenntnißreiche Schülerin einer Sekelta ist schon eine Lehrerin, oder: nicht jede Anstalt ein Seminar, die diesen Namen in Anspruch nimmt. 2. Da nur den wenigsten Schülern der Lehrerinnenvereine zur Zeit eine Anstellung an einer Schule in Aussicht steht, die meisten ihren Wirkungskreis in Familien finden, so ist für die Ausbildung der Seminaristinnen zu Erzieherrinnen besondere Sorge zu tragen, z. B. bei dem Unterrichte in der Pädagogik auch die physische Erziehung des Kindes nicht zu vernachlässigen. 3. Beispiel ist ein fruchtbares Erziehungsmittel als Belehrung, darum muß die in Seminarien gelehrt Pädagogik die Seminaristinnen auch zur Selbsterziehung anregen. 4. Es genügt nicht, die Methodik der einzelnen Disziplinen an den Unterricht in denselben anzuschließen; es müssen im ersten Jahre 4 Stunden wöchentlich dem mit praktischen Übungen verbundenen Unterrichte in der Didaktik gewidmet und die Schülern durch denselben befähigt werden, im zweiten Jahre selbstständigen Unterricht — natürlich unter Kontrolle eines Lehrers — in einer mit dem Seminar verbundenen Übungsschule zu erteilen. 5. Der Unterricht in Sprachen und Wissenschaften hat weniger Gedächtnisfächer einprägen, als einen tieferen Einblick in die Unterrichtsgegenstände zu eröffnen, Anleitung zum Selbststudium nach der Seminarzeit und Bekanntschaft mit den literarischen Hilfsmitteln zu demselben darzubieten.

Den Schluß der Tagesordnung bildete das Referat der Direktoren Haasbrücken und Victor über Errichtung einer Akademie für Erziehung einer über das Seminar hinausgehenden Bildung für schon geprüfte Lehrerinnen. Am Nachmittag war im Saale der „Harmonie“ ein von 180 Personen besuchtes Festmahl und Abends Zusammenkunft auf der Brühl'schen Terrasse.

Nachträglich ist noch aus der ersten Sitzung zu berichten, daß auf Antrag des Seminar-Direktor Dr. Barth (Posen) beschlossen wurde: Familien- und Privatschulen, welche Lehrerinnen beschäftigen, mögen zu Beiträgen für die zu etablirende Pensionstasse veranlaßt werden.

München, 27. Septbr. Die Münchener „Südd. Presse“ schreibt heute: Prinz Otto ist dem Vernehmen nach leiter schwer erkrankt. Der plötzliche Tod des von ihm sehr geliebten Oheims, des Prinzen Adalbert, soll seiner Gesundheit einen neuen Stoß gegeben haben. Ein Gerücht ließ ihn heute früh gestorben sein; doch ist dasselbe unrichtig.

München, 29. September. Ueber die heutige erste Sitzung der Abgeordneten-Kammer berichtet die „Südd. Presse“:

Beide Parteien waren vollständig erschienen; auch die Gesundheit der Ultramontanen ist gegenwärtig trotz der kalten Witterung eine eiserne. Die Stimmung im Sitzungssaal war eine ruhige. Jörg, noch in süßen Träumen versunken, flüsterte nur hie und da einem Nach-

sprechen! Der mit Recht als Meister auf dem Gebiete des Schulwesens und der Pädagogik gepriesene leipziger Direktor hat zwei Thesen aufgestellt.

1) Der Dualismus der höheren Schulen ist weder durch ein Gesamthymnasium (mit Bifurkation oder gar Trifurkation), noch durch Vernichtung der Realschulen zu beseitigen. Den Realschülern mag der Besuch der Universitäten gestattet werden, aber unter größeren Beschränkungen. Die Errichtung der Mittelschulen ist ein dringendes Bedürfnis.

2) Es ist dringend an der Zeit, die Ordnung des Schuljahres nach dem bürgerlichen Jahre zu regeln, und die Universitäten sind zur Theilnahme an dieser zweckmäßigen Regelung aufzufordern.

Es entfiel nun, unter Fritz Reuters Präsidium, eine sehr lebhaft debattirte darüber, ob die zweite oder die erste These zuerst besprochen werden soll, eine Debatte, bei welcher Edfeld Gelegenheit hat, all seine Spizen, Ranten und Ecken aufs Schönste zur Geltung zu bringen. Wenn er mit einem unbeschreiblich satirischen Gesichtsausdruck und äußerster Trockenheit dem Vordränger Eins über den Kopf gegeben hat, so bewerkstelligt er einen höchst effektvollen Abgang, indem er mit einer verächtlichen Kopfbewegung sich umdreht und ein paar Schritte nach der Thür zugeht.

Leider wurde beschlossen, die zweite Frage zuerst zu nehmen, was soviel zu bedeuten scheint, als daß die erste These, die bei Weitem wichtigere, gar nicht vorgenommen werden soll.

„Mit lautem Klang und Schalle,“

mir thun noch die Ohren davon weh,

Das Festmahl nun begann.

Doch ob ich auch saß in der Halle,

Ich's doch nicht beschreiben kann.

Hoffentlich haben Sie mich nicht im Verdachte, daß die Ursache dieses Nichtbeschreibens dieselbe sei, welche Uhlend, wie er meint, hindern würde, von dem Hochzeitsmahl des Königs und der Schöferin zu erzählen. An ebem Weine fehlte es allerdings nicht.

Einen Hauptpreis erhielt das Mahl dadurch, daß gar manche schöne Tochter des Landes in der Gäste Reihen saß, Gestalten, welche auch den trojanischen Graubärten gefallen haben würden.

Ich bemerke noch, daß Fritz Reuter — er selbst kann sich nicht mehr gegliedern haben — Krause heißt und hier Gymnasial-Direktor ist.

Die Gastlichkeit der Rostocker ist über jedes Lob erhaben, B.

Von der 30. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner.

Rostock, 29. September.

(Spezialbericht der Posener Zeitung.)

„Trommeln und Pfeifen, kriegerischer Klang!“ hieß es hier vor wenig Tagen, als die ehrwürdige und dabei so schön erneute Hansstadt Deutschlands Kaiser begrüßte. Jetzt hat sie stiller, aber freundlicher und herzlicher die Scharen der Schulmänner empfangen, welche von allen Enden Deutschlands zusammen geströmt sind. Da wir bekanntlich beschuldigt werden die Schlacht bei Sadowa gewonnen zu haben, so wurde es dem Festredner, welcher im Namen der Universität in der festlich geschmückten Tonhalle die Gäste begrüßte, nicht schwer zwischen den beiden Versammlungen einen Zusammenhang zu finden. Dieser Festredner, Prof. Fritzsche, ist eine eigenthümliche Erscheinung, so recht der Typus eines alten deutschen Gelehrten. Wie der kleine Mann mit dem fastigen Gesichte auf der Tribüne stand, die prächtige Dekoration der Halle im Hintergrunde, und, im lebhaften Kampfe für die Erhaltung der klassischen Bildung, bald den Finger an die Denknase legte, bald in stürbisch bedeutender Flugsbewegung die Arme ausbreitete, bald die Hände zusammen schlug oder auf die Brust klopfte, ließ das hätte auch der, welcher kein Wort von der Rede verstand, doch den Philologen und Lehrer nie verkennen können. Wer aber nicht nur sah, sondern auch hörte, der wurde tief ergriffen von der hohen und edlen Begeisterung, mit welcher der vortreffliche Gelehrte das ewige Ideal der klassischen Bildung verkost.

Nach ihm begrüßte ein Mann mit glattem Theologengesicht und jenem eigenthümlichen Wesen, welches aus der Verbindung der wissenschaftlichen Bildung mit einem Amte zu entspringen pflegt, der Schulrath Dr. Hartwig die Versammlung im Namen der großherzoglichen Regierung. Dann erschien eine eigenthümliche Gestalt auf der Tribüne, ein Mann, groß, breitschultrig, derb, wie aus Eichenholz geschnitten, das Gesicht von weißem Bart und Haar umrahmt, der hanseatische Patrizier, wie man ihrer so viele auf alten Gemälden sieht. Das war der Bürgermeister von Rostock, Dr. Crumiegel, welcher in schlichten und bieder Worten die Gäste Namens der Stadt willkommen hieß. Endlich sprach der gegenwärtige Rektor, Professor Behender, kurz und erbaulich im Namen der Universität und, damit auch der Bopp nicht fehle, antwortete der erste Vorsitzende den drei

lehten Rednern, wobei er besonders den wissenschaftlichen Geist pries, welchen die Rede des Herrn Rectors durchweht habe.

Nun trat eine erwünschte Pause ein und es entbrannte alsbald der Kampf ums Dasein, das Ringen nach Bier und Brod. In unerschütterlicher Seelenruhe walteten die Kellner ihres Amtes, indem sie in großen Zwischenräumen je ein Seidel oder ein Butterbrod anschleppten. Trotz solcher Nähe war das Volk der Schulmeister — so nenne ich die Versammelten nach der Mehrzahl, denn Universitätsprofessoren waren nur 3 oder 4 gekommen — fröhlich und guter Dinge. Alte Freunde begrüßten sich nach vielfähriger Trennung, neue Bekanntschaften wurden gemacht und des Vorstellens war kein Ende. Doch gab es auch solche, welche, wie der Referent all ihr Sinnen und Trachten darauf konzentrierten, ihrem Leib „Nahrung zu verschaffen.“ In diesem Vorwies nicht ganz unberechtigten Streben hat derselbe sogar den Anfang des Vortrages seines Freundes Eusemiß veräußert, und kam erst, als die Komposition der Politik des Aristoteles schon ziemlich weit gediehen war. Der Vortragende, zur Zeit Rektor Magnifikus der Universität Greifswald, ist ein Meßburger: seine Wiege hat in der Stadt gestanden, aus deren Gräber der Goethe'sche Thümler zu Mitten der Nacht schaut. Da wir einmal beim Kalauer sind, so will ich Ihnen den neuesten Schulwitz nicht vorenthalten. Ein Quintaner, welcher den Inhalt von Uhlend's schwäbischer Kunde zu erzählen hat, sagt, als er nun zu dem Schwabenstreich kommt, — „Da haut der schwäbische Kunde den Türken in der Mitte aneinander.“ Um nun zur Sache zurückzukehren, oder vielmehr zur Person — Eusemiß, ein sehr großer Mann, mit schwarz und weiß gepunktetem Bart, weiß dem spröden und wenig anziehenden Stoffe durch die Schärfe der Entwicklung und lichtvolle Klarheit der Darstellung einen gewissen Reiz zu geben.

Nach der Hauptversammlung konstituirten sich Sektionen die in den Räumen des Gymnasiums und zwar so, daß, während das Vokal der kritisch-erreglichen Sektion Alles in Allem von keinem Menschen besucht wurde, sich mehr als hundert Pädagogen sammelten. Da ging es nun an ein Bischen und Fragen. „Sehen Sie den Da!, das ist Schrader.“ Welcher? der ziemlich gut gekleidete Landpastor mit der feierlichen Halsbinde? „Wer sonst?“ „Also so steht der berühmte geistvolle Pädagoge aus?“ — „Und wer ist Edfeld?“ „Sehen Sie hier niemand, der wie ein recht scharfzantiger Edfeld aussieht?“ „Der da ist es, mit dem sonderbaren blauen Ueberzieher und dem bunten Halsbande.“ Bitte, von einem so hohen Orden mit mehr Respekt zu

wohl inhaltlich schwere, aber leider nicht verständliche Worte zu, Dr. Litter sah still und eingelegt da, als hätte er nie einen Vortragsgegenstand, nur der schwarze Fuchsfarbene bereits feurige Blide, während die Gassenbräule die Droskuren langsam aber sicher die Reihen ihrer Parteigenossen durchwanderten. Gesetzt haben die Liberalen ihrer immer näher kommenden Wahlniederlage entgegen, so auch der Alterspräsident, Hr. Bürgermeister Langguth, die Verlosung der Abgeordneten in die 7 Abtheilungen vorgenommen (in fünf 22, in zwei 23 Abgeordnete), erfolgte die Wahl des 1. Kammerpräsidenten. Aus der Urne ging mit 78 gegen 76 für den Freiherrn v. Stauffenberg, abgegebenen Stimmen der Freiherr v. Döbner, der Kandidat der liberalen Fraktion. Mit gleich viel Stimmen wurde gegen Herrn v. Schöber der ultramontane Appellat Dr. Kurz gewählt. Die jeweiligen Kandidaten enthielten sich natürlich jedes mal der Abstimmung. Als 1. Sekretär ging aus der Wahlurne hervor Dr. Jörg (gegen Dierschmidt), als 2. Sekretär Freiherr v. Soden gegen Döbner, dritte und vierte Sekretärstelle war den Abgeordneten Freiherrn Griesenbeck und Häuser beschieden. Sonach ist die ganze Geschäftsleitung in liberalen Händen. Die liberale Partei gab bei der Wahl des dritten und vierten Sekretärs weiße Stimmzettel ab. Damit wurde verhindert, daß die Liberalen ihnen genehme liberale Abgeordnete für diese beiden einflussreichen Stellen wählen und sich auf diese Weise ohne große Kosten den Schein nobler Taktik gegen ihre parlamentarischen Gegner gaben.

Spanien.

Madrid, 28. September. Wie verlautet, hat sich der weiland Ministerpräsident Canovas del Castillo offen an die Spitze der Partei gestellt, mit welcher er auf gleichem politischen Boden steht. Diese Partei hat soeben ein Programm veröffentlicht, dessen wesentlichste Punkte die Befestigung des Thrones und der politischen und religiösen Freiheit ist. Es verlangt die Aufrechterhaltung des repräsentativen konstitutionellen Regierungssystems, welches anderen Völkern zum Segen gereicht habe, dringt auf gegenseitige politische Duldung der verschiedenen Parteien und wünscht eine fortschreitende Reform in allen Zweigen des Staatsdienstes. Ueber die wahre Ursache des plötzlichen Rücktritts von Canovas del Castillo dürfte die von der „Agencia Stefani“ gebrachte Mittheilung einiges Licht verbreiten, nach welcher der ehemalige Ministerpräsident eine Note an den Vatikan gerichtet habe, welche die Wiederherstellung des Konkordats vom Jahre 1851 unter der Bedingung zugesagt habe, daß der päpstliche Stuhl einen Nuntius nach Madrid entsende. Dieser Aufforderung ist man bekanntlich in Rom mit größter Bereitwilligkeit nachgekommen, indem der jetzige Kardinal Simeoni an den spanischen Hof geschickt wurde. Derselbe hat nun seit Monaten vergeblich auf die Erfüllung der ministeriellen Versprechungen gewartet und schließlich im Auftrage des Papstes das bekannte Rundschreiben an die spanischen Bischöfe abgehen lassen. Hiernach blieb für Canovas keine andere Alternative, als abzuhauen; er mochte eingesehen haben, daß die Erfüllung seines Versprechens ohne Gefährdung für den Thron Don Alfonso's nicht möglich sei; für Jovellar hat die Note seines Vorgängers schwerlich irgend welche praktische Bedeutung, und es ist daher erklärlich, wenn sich jetzt im Vatikan ein Sturm der Entrüstung darüber erhebt, daß zur Herstellung eines Konkordats a la 1851 keine Aussicht mehr vorhanden ist. — Wie man erfährt, wird König Alfonso im nächsten Monat sich zur Armee begeben und dabei vom Ministerpräsidenten General Jovellar begleitet sein, der den Oberbefehl der Nordarmee übernehmen wird. Man hofft in hiesigen Regierungskreisen, daß dieser Feldzug eine definitive Entscheidung bringen werde. Das königliche Dekret wegen Einberufung der Cortes wird noch vor der Abreise des Königs zur Armee erscheinen. Man versichert, Canovas del Castillo würde beauftragt werden, ein „Versöhnungsministerium“ zu rekonstruieren. Die Königin Isabella und der Herzog von Montpensier haben offiziell die Einladung erhalten, sofort nach den Corteswahlen nach Madrid zu kommen. — Das Gerücht, welches den Bischof von Seo de Urgel auf einem englischen Schiffe aus Alicante entkommen ließ, stellt sich als unbegründet heraus. Es entstand aus einer Nachricht, der zufolge der englische Dampfer Rosabat — unter dieser Vermummung wird wohl die „Rosenknope“, Rosy bud, stehen — unter verdächtigen Umständen und ohne die erforderlichen Papiere aus dem Hafen von Alicante verschwand war und der Gouverneur über diese Thatsache an die Regierung berichtet hatte, damit diese Maßregeln anordne, um

das Schiff anhalten zu lassen, wenn es in einem spanischen Hafen lande. Die „Rosenknope“ scheint also andere Kontrebande mitgenommen zu haben als den gefangenen Bischof. Ueber die Untersuchung gegen letzteren ist zu bemerken, daß der Gerichtshof von Barcelona auf Antrag des Appellationsgerichts einen Beisitzer nach Seo de Urgel abgesandt hat, welcher dort alles auf die Anklage bezügliche gerichtliche Material sammeln soll.

Italien.

Rom, 27. September. Der zweite italienische Katholikentag wurde am Mittwoch unter vieler Theilnahme zu Florenz durch den Erzbischof inaugurirt. Die Vertretung der federazione pia (Bischof) war dem jugendlichen Marchese Andrea Legnani aus Rom von Sr. Heiligkeit überwiesen, während Monsignor Nardi für die katholische Interessengemeinschaft da war. Hohe Namen von Laien stehen an der Spitze der Förderer des Werks; Duca Scipione Salviati, Marchese Visconti Pratica, Marchese Augusto di Bavaiera, Conte Francesco Belpianani.

Auf der hiesigen Eisenbahnstation hat man ein schändliches Verbrechen entdeckt, dessen Urheber man auf der Spur zu sein glaubt. Schon seit mehreren Tagen lagerte im Hofsaal der Bahn ein großer Koffer, der nicht abgeholt wurde. Ein eigenenthümlicher Geruch, den derselbe zuletzt verbreitete, veranlaßte den Stationschef zur Eröffnung unter polizeilicher Aufsicht. Der Koffer enthielt die stark mit Salz überhäutete Leiche eines siebenzehnjährigen Mädchens, welches Opfer der Erdrückung geworden zu sein scheint. Der Abgangsort des Koffers, Neapel, gab sofort Veranlassung zu weiteren Nachforschungen, die bis jetzt nur die bei der dortigen Polizei eingegangene Meldung von dem Verschwinden eines jungen Mädchens zur Folge hatte. Die Identität desselben mit der aufgefundenen Leiche soll wahrscheinlich sein; man hofft damit einen sichern Anhaltspunkt zur Entdeckung des Mörders gefunden zu haben.

Großbritannien und Irland.

London, 27. September. Ein militärischer Berichtsfalter der „Times“, welcher den französischen Manövern in Bernon beigegeben hat, lobt im Ganzen die Haltung der Truppen, besonders der Infanterie. Andererseits wird bemerkt, daß die letztere immer noch herzlich schlecht beschützt, die Kavallerie sehr mittelmäßig beritten und die Artillerie noch schlechter bespannt sei. Der Vorbeimarsch der Kavallerie und Artillerie, der zuerst im Galopp vor sich gehen sollte, wird als ein äußerst klägliches Schauspiel geschildert. Es scheint, daß die Artillerie trotz Eporen und Peitsche nicht in die befohlene Gangart zu halten war. Bei der Kavallerie ritten die Reiter beinahe übereinander und behaupteten die Richtung nicht besser als die Distanz. Der Versuch, vor dem Marschall über ein Hinderniß vorbeizugehen, erinnerte in seiner komischen Wirkung die Zuschauer an die sogenannte englische Jagd in den Kunstreiternburden.

Das fünfzigjährige Eisenbahn-Jubiläum, zur Erinnerung an die Eröffnung der ersten Lokomotivbahn zwischen Stockton und Darlington, wurde gestern in letzterer Stadt festlich begangen. Obgleich das Wetter der Feier nicht günstig war, so kamen doch von nah und fern viele Tausende zu dem interessanten Feste herbei. Die Hoffnung, daß Disraeli oder Gladstone an diesem Tage nach Darlington kommen würde, ging zwar nicht in Erfüllung, und Sir C. B. Adderley, der Präsident des Handelsamtes, war der einzige Minister, der sich zur Feier eines so bedeutungsvollen Ereignisses einfand; aber der Mangel an politischen Größen ward durch den bürgerlichen Pomp der beiden Lord Mayors von London und York und durch die Anwesenheit der Eisenbahn- und Industrie-Fürsten des Landes aufgewogen. Das Festfeld, in welches Darlington sich gefüllt hatte, wurde durch Wind und Regen arg mitgenommen, aber Nachmittags klarte sich der Himmel etwas und der Festzug sowie die Entfaltung des Denkmals für Joseph Pease, den Gründer, dem die Industrie nicht nur von Darlington, sondern des ganzen umliegenden „industrialen Bezirks“ so viel verdankt, wurden durch die Unmenge der Gäste nicht gestört. Die Entfaltungsszene hielt Herzog von Cleveland. Ein Herzog von Cleveland ist es auch gewesen, der die Unternehmung des ersten Bahnbaues durch seinen mächtigen Einfluß zwang, ihre Pläne im Bogen um seine Güter herumzuführen, weil er von dem neuen Unternehmen für seine Fuchslager fürchtete. Eine Hauptmerkwürdigkeit bei dem Feste war die Ausstellung von Lokomotiven, wobei auch die von Stephenson im Jahre 1825 gebaute Maschine „Locomotion“, welche den ersten Zug auf der ersten Eisenbahn in Bewegung setzte und seitdem lange in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, dem Publikum in Tätigkeit vorgeführt wurde. Sie nahm sich recht altmüthig und bescheiden aus neben ihren Schwestern, die jetzt das Land durchfahren. Abends fand großes

* G. v. Struensee, der bekannte Romanschriftsteller und Geh. Ober-Regierungsrath a. D. ist am 29. September nach längerer Krankheit in Breslau gestorben. Gustav von Struensee war am 13. Dezember 1803 zu Greiffenberg in Pommern geboren. Seine Jugendzeit verbrachte er in Köln, wohin sein Vater als Polizeipräsident berufen war, und als 20jähriger Jüngling bezog er die Universität zu Bonn, um die Rechtswissenschaft zu studieren. Nachdem er auch in Berlin den Studien obgelegen hatte, wurde er im Jahre 1831 Regierungsrath in Aachen und schon 1834 als Regierungsrath nach Koblenz versetzt. Hier wirkte er eine ganze Reihe von Jahren, bis er im Jahre 1848 als Ober-Regierungsrath nach Breslau kam. Nach 35jähriger, gewissenhafter Amtstätigkeit erbat er 1866 seinen Abschied, und seit ihm dieser mit ehrenvoller Anerkennung für seine vielen Dienste gewährt wurde, war sein Denken und sein Trachten ganz dem Wohle seiner Familie, dem Aufblühen der Stadt und dem dichterischen Wirken gewidmet. Die Schriftstellerfeder ergriff Struensee ziemlich spät, in einem Alter, in dem seine Mänslichkeit schon ganz zur Reife gekommen war. Er hatte das vierzigste Jahr fast erreicht, als er das erste Mal als Dichter, unter dem Pseudonym Gustav von See, in der Öffentlichkeit erschien. „Das Warrhaas zu Aardal, eine norwegische Novelle“, und kurze Zeit darauf der Roman „Egon“ lenkten zunächst die Aufmerksamkeit auf seinen Namen, und das dreibändige Buch „Rance“ (1845) ließ ihn schon eintreten in die Reihe unserer besten deutschen Roman-Schriftsteller. Von jetzt an folgten sich die werthvollen Produkte in reicher Zahl. Die „Egoisten“ (1853) lassen Struensee's Talent in seinem bedeutenden Umfange erkennen. Die deutsche Literatur verdankt ihm nahe an 70 Bände Romane. Er war kein Schriftsteller, der durch die üppige Fülle von Geist und Witz überströmte und mit sich forttrug, aber die Reife seines Urtheils, die edle Humanität, die aus seinen fesselnden Darstellungen spricht, sein Verständnis für die sozialen und politischen Zustände, seine Kenntnis und durchdrachte Auffassung der Geschichte, die sittliche Wärme und der lebensfrische Humor — das alles durchdringt seine Schriften und schafft ihnen stete Wirkung und Anerkennung. (Schl. B.)

* Friedrich Bodenstedt's neues vieraktiges Lustspiel „Wandlungen“ gelangte am letzten Montag am kgl. Hoftheater in Hannover zur ersten Aufführung. Es errang einen recht günstigen Erfolg, der sich in stürmischen Hervorrufen des anwesenden Dichters kundgab. Der „G.“ berichtet über die erste Vorstellung Folgendes: „Bodenstedt macht eine gewisse Summe von Personen, typische Erscheinungen unseres bürgerlichen Lebens zu den Trägern einiger der prägnantesten Ausdrücke unseres modernen Kulturlebens (namentlich Materialismus und Sozialismus), setzt ihnen einige andere entgegen, die zu denselben in Konflikt stehen, und verhilft letzteren zum Siege. Dieser moralische Gehalt der Dichtung, daß Interesse an jenen geistlich behandelten sozialen Tagesfragen, die keine Ausführung des Dialogs, die mehrfach eingefügten schönen Poesien, zu den besten gehörig, welche Bodenstedt geschaffen, ein oft sein pointirter Witz, geben dem Stücke einen fessel-

haften Reiz, der die Theilnahme der Zuschauer bis zum Schluß wach erhält, und ihnen den Zustand eines gewissen geistigen Wohlbehagens mittheilt. Diese Wirkung wird dasselbe bei ersten Aufführungen, falls dieselben auch durch die schauspielerischen Kräfte gut ausgestattet sind, vor einem gebildeten Publikum immer haben. Und so war es auch hier. Das gut besetzte Haus folgte mit warmem Interesse bis zum Schluß und nahm das Stück mit Wohlwollen auf. Die Darsteller wurden nach dem Aktclausse, der Dichter nach Schluß des Stückes gerufen. Gespielt wurde vorzüglich, und dies gute Spiel wird im Verein mit den oben gerühmten Vorzügen dem Stücke auf unserer Bühne eine längere dauernde Zugkraft verleihen, als demselben sonst bei dem Mangel spannen dramatischer Handlung innewohnen wird. Einige Kürzungen wären erwünscht, ferner die gänzl. Hinzunahme der letzten vollständigsten Erzählung und Standeserhöhung des Mr. Wager. Sie hält nur den Aktclausse auf, ohne das Interesse an der Person oder dem Stücke im mindesten zu erhöhen. Dann würde eine sorgfältige Revision der vorkommenden Wortwische, Wortspiele u. nicht ohne Nutzen sein.

Türkei und Donaufürstenthümer.

— Aus Serbien wird der „Deutschen Ztg.“ von ihrem Spezial-Korrespondenten geschrieben: Es befindet sich vollkommen, daß ein geheimes Abkommen zwischen der serbischen Slupschina existirt. Ja, ich habe heute den Inhalt desselben aus glaubwürdiger Quelle erfahren. In dem Abkommen handelt es sich hauptsächlich um drei Punkte: 1) Das Abkommen bewilligt der serbischen Regierung ein vollständiges Kriegsbudget im Betrage von drei Millionen Dukaten; 2) die Versammlung fordert die Regierung zu einer patriotischen Unterstützung des Aufstandes in Bosnien und der Herzegowina auf. Wenn diese Unterstützung eine Aktion hervorgerufen sollte, dann wird 3) die Versammlung aufgelöst und sogleich der Permanenz-Ausschuß von neun Mitgliedern berufen. Die Aufgabe dieses Ausschusses ist, im Einverständnisse mit der Regierung den Kampf gegen die Türkei zu leiten. Der Ausschuß soll schon gewählt sein. So viel konnte ich erst über das wichtige Geheimniß erfahren.

Die neuen Gesetzesvorlagen über größere Pressfreiheit und über das Gemeinwesen stoßen auf sehr große Opposition in der Slupschina, und nach Allem scheint es, daß die Regierung gezwungen wird, ihre Vorlagen zurückzuziehen. Die Radikalen der Slupschina werden dann neue Vorschläge machen. Das wäre das erste Mal, daß die Regierung gezwungen wird, an Stelle ihrer Vorlagen jene der Slupschina zu akzeptieren. Das Gesetz über die persönliche Freiheit wird aber vollständig angenommen.

Neunter Deutscher Protestantentag.

III.

Breslau, 30. September.

Heute Morgen 10½ Uhr eröffnete Archidiaconus Schiffmann (Stettin) die zweite Hauptversammlung mit einem Gebet, worauf die Verhandlung über die preussische Kirchenverfassung und ihre Bedeutung für die evangelische Kirche Deutschlands begann.

Für dieses Thema hatte der Referent, Prediger Richter (Mariendorf bei Berlin) folgende Thesen aufgestellt:

I. Die synodale Entwicklung der Landeskirche Preußens begründet die deutsche Protestantenverein als einen entscheidenden Schritt zum Aufbau einer evangelischen Kirche innerhalb des deutschen Reiches. Derselbe ist bereit, den Ausbau der Kirchenverfassung in Preußen kräftig zu unterstützen, damit das große Ziel einer deutschen Volkskirche sicher erreicht werde.

II. Die Union bleibt die Grundlage für die Verfassung der preussischen Landeskirche; soweit dieselbe nicht angenommen wird, erfolgt die Vereinigung der bisher getrennten Landeskirchen durch Konföderation. Die Konföderation umfaßt Gemeinschaft der Sakramente, Zugang zu den kirchlichen Aemtern, Einheit der Generalsynode.

III. Die Generalsynode in Preußen als höchste Vertreterin aller evangelischen Kirchengemeinden besteht aus Vertretern derselben in einer nach der Seelenzahl zu bestimmenden Anzahl, zu denen zur Zeit Mitglieder hinzutreten, welche theils vom Landesherren ernannt, theils von den theologischen Fakultäten gewählt werden.

IV. Die Wahl der Vertreter erfolgt durch Wahlmänner, welche von den Kirchengemeinden nach Verhältniß ihrer Seelenzahl gewählt werden. Wählbar ist jedes wahlberechtigte Mitglied einer evangelischen Gemeinde.

V. Der Wirkungskreis der Generalsynode umfaßt: 1) die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Kirchenregimente. Gesetze für einzelne Provinzen bedürfen der Zustimmung der betreffenden Synoden. In der unierten Kirche ist das Bekenntniß nicht Gegenstand kirchlicher Gesetzgebung. 2) Die Aufsicht über die kirchliche Ordnung und die Disziplin der Gemeinden. Die Aufsicht über die kirchliche Ordnung und die Disziplin der Gemeinden umfaßt: 1) die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Kirchenregimente. Gesetze für einzelne Provinzen bedürfen der Zustimmung der betreffenden Synoden. In der unierten Kirche ist das Bekenntniß nicht Gegenstand kirchlicher Gesetzgebung. 2) Die Aufsicht über die kirchliche Ordnung und die Disziplin der Gemeinden.

VI. Wie die evangelische Kirche die Aufsicht und die Gesetze des Staates anerkennt, so erwartet sie von demselben Anerkennung und Schutz ihrer Ordnungen.

Der Referent begründete diese Thesen in sehr eingehender, mit Beifall aufgenommenen Weise und an seine Ausführungen knüpfte sich eine längere Debatte, nach deren Schluß der Vorsitzende vorschlug, vorläufig en bloc über die Thesen abzustimmen, welche dann die Grundlage für die Verhandlung des weiteren Ausschusses bilden werden, der die nöthigen redaktionellen Änderungen vornehmen wird. Die Ver-

Wir wollen zu dem begeisterten Bericht unseres Herrn Berichtserstatters nur noch die trodene Notiz beifügen, daß die Versammlung vom 28. Sept. bis zum 1. Oktober gedauert hat. In der Vorversammlung waren beinahe schon 300 Mitglieder anwesend. Während der Zeit des Kongresses sollte ein eigenes Tagesblatt für die Versammlung herausgegeben werden, wahrscheinlich wird man auch eine „Vierzeitung“ nicht vergessen haben.

Red. d. Posener Ztg.

* Köln, 27. September. Die Preisvertheilung an die Aussteller der internationalen Gartenbau-Ausstellung ist, wie man der „Ebf. Ztg.“ schreibt, heute Nachmittag in dem Wintergarten der Flora vollzogen worden. Im Ganzen wurden außer den Ehrenpreisen 92 goldene, silberne und bronzene Medaillen nebst Geldprämien und ehrenvollen Erwähnungen ausgetheilt. Auf Köln allein fielen hiervon 1 große goldene Staatsmedaille, 5 goldene, 29 silberne, 56 bronzene Medaillen, 10 Geldprämien und 7 ehrenvolle Erwähnungen. Den Ehrenpreis der Kaiserin, eine Porzellanvase erhielt T. Linden aus Brüssel für Treibhauspflanzen; das Porzellan-Service S. J. Reich aus London für Warmhauspflanzen; den Ehrenpreis des Kronprinzen und Kronprinzessin, Remingtonarmut aus meißner Porzellan B. S. Williams aus London für seine Gesamtleistungen. Ferner wurden zuerkannt: eine große goldene Staatsmedaille an Remonier in Brüssel für Palmen und Chadeen; eine dergl. an Eng. Langen in Köln für Leistungen auf dem Gebiete der Gaskraft-Maschine; eine große silberne Staatsmedaille an Prof. Reinhold Begas in Berlin für künstlerische Gartendekoration; eine dergl. an F. C. Jürgens in Ditten für Leistungen auf dem Gebiete des Weinbaues; eine dergl. an Cour und Fils bei Paris für Baumkultur; den Ehrenpreis des Subkomites von Hambro, eine silberne Blumen-schale an Charles v. Geert in Antwerpen für Confiteren; den Ehrenpreis des bairischen Gartenbau-Vereins, 500 M., erhielt ein dem Namen nach noch unbekannter Aussteller für seinen hervorragenden landwirtschaftlichen Entwurf, bezeichnet 5000 A., 5000 B., 5000 C. — Zum Schluß der Preisvertheilung warf Baron E. v. Oppenheim einen kurzen Rückblick auf die Ausstellung, sprach den Ausstellern Dank aus für ihre Leistungen und Unterstüzungen und bedauerte lebhaft, daß Verhältnisse halber die bis noch vor wenigen Tagen begabte Hoffnung, am heutigen Tage den Kaiser persönlich anwesend zu sehen, sich nicht erfüllt habe; nahm jedoch Veranlassung, denselben ein dreifaches Hoch auszubringen, welches allgemeinen Beifall fand. Vor und nach der Preisvertheilung wurden Gesangsvorträge und von der ganzen 65. Infanterie Kapelle Konzertstücken aufgeführt. Mit Beginn der Dämmerung erglänzte der Wintergarten, die Terrasse und das davor gelegene große französische Parterre nebst dem großen Bassin in brillianten Gasbeleuchtung.

(Fortsetzung in der Beilage)

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.



